

1968 und die deutschen Unternehmen

Veranstalter: Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (DUG)

Datum, Ort: 05.05.2003, Berlin

Bericht von: Roman Köster und Tim Schatzky, Frankfurt am Main

„1968 und die deutschen Unternehmen“ war das Thema einer Vortragsveranstaltung am 5. Mai 2003 in Berlin, für die sich die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) mit dem Springer-Hochhaus in der Kochstraße einen äußerst symbolträchtigen Ort ausgesucht hatte. Vor 35 Jahren verhinderten Studenten hier gewaltsam die Auslieferung der Bild-Zeitung, skandierten „Enteignet Springer“ und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Später detonierten Sprengsätze im Springer-Haus, und der Frontstadtgeist in den Redaktionsstuben förderte die Eskalation mit immer neuen journalistischen Entgleisungen. An diesem historischen Ort also trafen sich auf dem Podium Wissenschaftler und prominente Zeitzeugen aus Wirtschaft und Politik, was eine interessante Ergänzung bedeuten kann, wenn sich die Zeitzeugen auf die aufgeworfenen Fragestellungen einlassen. Die Probleme sind jedoch aus jedem Proseminar sattsam bekannt: Die Macht der persönlichen Erfahrung blockiert mitunter die wissenschaftliche Auseinandersetzung; denn wen kümmert, was in den Quellen steht, wenn er es doch selbst erlebt hat? Diese Spannung prägte die Veranstaltung ebenso wie die Tatsache, daß das Thema offensichtlich einen Nerv traf, wie die überaus zahlreich erschienenen, teils prominenten Teilnehmer zeigten.

MATHIAS DÖPFNER (Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG) gestand in seiner Einführung mit der Offenheit des Nachgeborenen ein, daß sich 1968 in den Redaktionen des Verlages eine Bunkermentalität etablierte, eine „traumatische Fixierung“, die bis weit in die siebziger Jahre hinein gewirkt und einen schwerwiegenden intellektuellen Substanzverlust nach sich gezogen habe. Als „frustrierend“ empfand er die Auswirkungen der Konflikte um Springers Medienmacht, denn der Konzern habe Expansionschancen, die sich in den siebziger Jahren boten, gleich reihenweise der Konkurrenz überlassen.

Zwar gestand Döpfner den „Achtundsechzigern“ noch zu, daß ihnen das Verdienst gebührt, die Bundesrepublik vom autoritätsgläubigen Ballast der Vergangenheit befreit zu haben. Hingegen erblickte er in der Protestgeneration auch die Ursache für die heutige Eliten-, Leistungs- und Technologiefeindlichkeit, für Anti-Amerikanismus und Diskreditierung aller Sekundärtugenden - eine düstere Diagnose, typisch für die anhaltend polarisierende Wirkung von „1968“, und in ihren einzelnen Aspekten sicherlich nicht ohne Angriffspunkte. Von der heutigen Technologiefeindlichkeit kann sich beispielsweise jeder beim vorweihnachtlichen Besuch eines Elektronik-Großmarktes sein eigenes Bild machen.

In seinem Überblick über das Thema „1968 und die deutschen Unternehmen“ hob WERNER PLUMPE (Frankfurt am Main) zunächst hervor, daß mit der Veranstaltung lediglich ein Forschungsfeld für die kommenden Jahre abgesteckt werden könne, da es an empirischen Untersuchungen noch weithin mangle. Für die Unternehmensgeschichte sei es zudem von zentraler Bedeutung, „1968“ analytisch auf zwei Ebenen zu erfassen. Auf der ersten Ebene, dem „politischen Ereignis 1968“, unterstrich er, daß die Unternehmen als Gegenstand der Studentenbewegung keine Rolle spielten - anders als in den siebziger Jahren. Springer bildete die einzige Ausnahme und wurde eben gerade nicht als Unternehmen, sondern wegen seiner Bedeutung für die öffentliche Meinungsbildung angegriffen. Andererseits gebe es zahlreiche Hinweise dafür, daß die Studentenbewegung in den Unternehmen tatsächlich zum Gegenstand wurde, sei es aus Sorge vor einer Störung des Betriebsfriedens (gerade mit Blick auf die Entwicklung in Frankreich), sei es aus Furcht vor politischer Agitation und Radikalisierung der Belegschaften, die ihren Kulminationspunkt 1969 in den wilden Septemberstreiks fand. Auf der zweiten Ebene sah Plumpe das Ereignis „1968“ lediglich als Chiffre für langfristige gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Ein umfassender generationeller Wechsel in den Führungsetagen, der Übergang zu divisionalisierten Organisationsstrukturen, aber auch eine Rückkehr zu traditionellen Rekrutierungs-

mustern (Hauskarriere), die in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zunächst durchbrochen schienen, prägten die späten sechziger Jahre in den Unternehmen. Zusammenhänge mit dem politischen Ereignis „1968“ seien dabei allenfalls zufällig, und eine Kausalität könne wohl weitgehend ausgeschlossen werden. Plumpe identifizierte die Unternehmen auf dieser Ebene als zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Wandels hin zu einer westlich geprägten Konsumgesellschaft, die hedonistische Lebensweisen präferiert: Einerseits adaptierten sie neue Marketing- und Werbestrategien und beschleunigten mit ihren Produkten den sozialen Wandel (etwa die Markteinführung der „Pille“ durch Schering im Jahr 1965), hatten sich aber andererseits auf neue gesellschaftliche Lagen um den Preis des Überlebens am Markt einzustellen. Freilich könnten den Unternehmen als „Agenten“ des Wandels in diesem Prozeß kaum intentionale Ziele unterstellt werden.

AXEL SCHILDT (Hamburg) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Pressekonzentration in den sechziger Jahren und mit der Einstellung der „Achtundsechziger“ zur Presse, insbesondere zum Springer-Verlag. Er skizzierte einerseits die Konzentration der Marktmacht Springers, vor allem durch die Blätter „Bild“ und „Hörzu“, vertrat jedoch zugleich die Meinung, daß die 1968er-Bewegung ein recht eindimensionales Bild der Medienkonzentration gehabt habe und die laufende wissenschaftliche und politische Diskussion des Themas weithin ignorierte. Einerseits seien viele Publikationen des Verlages Unterhaltungsblätter gewesen (wie z.B. „Hörzu“), zum anderen hätten auch alternative Magazine wie „Konkret“ oder „Pardon“ damals Auflagen von mehreren Hunderttausend erzielt. Doch selbst diesen wurde zuweilen von der Studentenbewegung vorgeworfen, letztlich das Establishment zu repräsentieren und an einer gesellschaftlichen Umgestaltung nicht ernsthaft interessiert zu sein. Springer hingegen stieß als unmittelbare Reaktion auf die kritische Öffentlichkeit einige Titel ab und stellte seine publizistische Expansionsstrategie ein - der wohl einzige Fall unmittelbarer und tiefgreifender Folgen von „1968“ für die Strategie eines westdeutschen Unternehmens.

Den Reigen der Zeitzeugen-Kommentare eröffnete KLAUS VON DOHNANYI (1968 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, 1969 Wissenschaftsminister), der sich eine grundsätzliche Abrechnung mit den „Achtundsechzigern“ vorgenommen hatte. Diese hätten sich die Modernisierungsprozesse der westdeutschen Gesellschaft oder die Anstöße zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht zuzuschreiben. Vielmehr sei durch die Studentenbewegung und ihre Folgen doch gerade die nachhaltige Reform der deutschen Universitäten um annähernd dreißig Jahre blockiert worden. Die von Dohnanyi ausgemachte Spannung zwischen Revolutionspredigern und Reformverhinderern charakterisierte ein bei allem Verbalradikalismus letztlich restauratives Element der Studentenbewegung, die statt Freiheit und Toleranz vor allem Denkverbote und die Enttabuisierung gesellschaftlicher Gewalt gebracht hätte. Zu diesen Thesen mag man im einzelnen stehen wie man will; mit dem Thema der Veranstaltung hatten sie wenig bis nichts zu tun.

KARSTEN VOIGT (1969 Juso-Vorsitzender, heute Koordinator der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit) betonte, daß es in der Frankfurter linken Szene durchaus Diskussionen darüber gegeben habe, ob und in welcher Form man sich mit den Unternehmen auseinandersetzen solle - dies blieb aber ein Nebenkriegsschauplatz, und dies durchaus im wörtlichen Sinne, stand doch weniger die zeitgenössische Unternehmerwirtschaft im Mittelpunkt der Überlegungen als die Frage nach der Rolle der deutschen Unternehmen in Nationalsozialismus, Kriegswirtschaft und bei der „Machtergreifung“ Hitlers. Voigt beschränkte sich vor allem auf eine Wiedergabe persönlicher Erinnerungen, irgendwo zwischen Tagebuch und Terminkalender, die schwerlich die Selbstetikettierung als „Analyse“ rechtfertigten. Das Verhältnis von 68er-Bewegung und Unternehmen wurde hier einzig auf den Fall Springer reduziert, wobei es sich aber vor allem um eine politische Konfrontation handelte. Soll heißen: Springer wurde nicht als kapitalistische Unternehmung, sondern als Meinungsmacher angegriffen. Daß sich die Studenten

von den Blättern des Verlages nicht nur angegriffen, sondern sogar „körperlich bedroht“ gefühlt haben, stellte Voigt besonders heraus.

EDZARD REUTER (1968 im mittleren Management bei Daimler-Benz) unterstrich diesen Punkt und betonte die Rolle der Berichterstattung für die Eskalation von Protest und Gewalt. Außerdem habe „1968“ tatsächlich eine Fundamentalliberalisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft bewirkt, die auch vor den Unternehmen nicht halt machte. Als symptomatisch für die habituellen und hierarchischen Restriktionen der älteren Unternehmenskultur ebenso wie für die Zuspitzungen und Obsessionen der siebziger Jahre empfand er eine Szene seiner eigenen Biographie: Als er zu Beginn der siebziger Jahre in den Daimler-Benz-Vorstand berufen werden sollte, verlangte der Aufsichtsratsausschuß für Personalangelegenheiten vom Sozialdemokraten Reuter ein formelles Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

ROLF E. BREUER (Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank), der 1968 an seiner Hauskarriere bei der Deutschen Bank arbeitete, stellte dem eine andere Position gegenüber: Seine Erfahrung lehrte ihn, daß „1968“ an der deutschen Kreditwirtschaft praktisch spurlos vorüberging. Für Breuer war das Abgleiten von Teilen der Studentenbewegung in den Terrorismus ebenso wie für Reuter angesichts der bis heute ungeklärten Ermordung Alfred Herrhausens noch immer äußerst präsent. Trotzdem mochten sie im RAF-Terrorismus der siebziger und achtziger Jahre gerade keine unmittelbare Folge von „1968“ erkennen. Auffällig war allerdings, daß mit Reuter und Breuer zwei ehemalige Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz und Deutscher Bank eine weitgehend identische Selbstbeschreibung als unpolitische, an ökonomischen Kalkülen orientierte Macher kultivierten und sich ein hohes Maß an Unsicherheit im Umgang mit politisch-gesellschaftlichen Prozessen außerhalb des Unternehmens bescheinigten.

Das Fazit über die Diskussion fällt insgesamt zwiespältig aus. Zwar brachte die Konfrontation von Wissenschaftlern und Zeitzeugen an manchen Stellen interessante Einsichten (wenn auch eher auf der Metaebene),

andererseits wurde über das Thema der Veranstaltung, nämlich „1968 und die Unternehmen“, insgesamt zu wenig diskutiert - die häufig emotionale Positionierung zum politisch-gesellschaftlichen Phänomen „1968“ und die Präsentation starker biographischer Prägungen überlagerten das eigentliche Thema ein ums andere Mal.

Zugleich zeichnete sich jedoch auch ab, daß die zeithistorische Auseinandersetzung mit den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts dringend eine Ergänzung um empirische unternehmenshistorische Forschung benötigt: Bei allen Diskussionen über Verdienst oder Verdammung der „Achtundsechziger“ steht doch fest, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik in dieser Epoche besonders rasant in Bewegung geriet. Und daß die Unternehmen ein Teil dieses sozialen Wandels waren, ihn anstießen, von ihm getrieben, durch ihn verändert wurden - auch dies dürfte außer Frage stehen, selbst wenn es sich hierbei um Prozesse handelt, deren Folgen kaum auf einzelne politische Ereignisse oder gar auf die Intentionen der Akteure zugeschrieben werden können. Das Forschungsfeld ist damit abgesteckt - nun bedarf es der Forschung.

Tagungsbericht *1968 und die deutschen Unternehmen*. 05.05.2003, Berlin, in: H-Soz-Kult 20.05.2003.